

## Lobby der Kliniken erneut aktiv

DÜSSELDORF. Die im November 1986 in Bonn ausgerichtete „Bundeskrankenhauskonferenz“ (BKK), ein überverbandlicher Zusammenschluß von Verbänden des Krankenhauswesens (außerhalb der Tarifverbände und mit übergeordneten gemeinsamen Anliegen), hat weitere Aktivitäten angekündigt: Im Vorfeld der diesjährigen Frühjahrsrunde der Konzentrierten Aktion im Gesundheitswesen (die Plenarsitzung findet am 22. März im Gustav-Heinemann-Haus in Bonn-Tannenbusch statt) wird die Bundeskrankenhauskonferenz am 18. März vor der Presse in Bonn zu folgenden Themen Stellung beziehen: Zum Entwurf eines „Gesundheitsreformgesetzes“ (GRG), zum (zweiten) Jahresgutachten 1988 des Sachverständigenrates für die Konzentrierte Aktion, zu der neuesten Umfrage der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) zur Leistungs- und Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und zur Realisierung des „Arztes im Praktikum“.

Unter dem Dach der als Krankenhauskonferenz firmierenden Vereinigung haben sich die DKG, der Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands (Chefarztverband), die Fachvereinigung der Verwaltungsleiter deutscher Krankenhäuser, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Schwesternverbände, der Deutsche Berufsverband für Krankenpflege sowie der Marburger Bund (Verband der angestellten und beamteten Ärzte) zusammengeschlossen, um nach bayerischem Vorbild (dort gibt es eine solche Konferenz seit 1983) gemeinsam abgestimmte Anliegen zu präsentieren. Die Zuständigkeit der Konferenz erstreckt sich auf Fragen außerhalb von bloßen Tariffragen oder speziellen verbandlichen Problemen. Bei dem

Auftritt im November 1986 hatte die Bundeskrankenhauskonferenz u. a. für eine bessere gesetzliche abgesicherte „Verzahnung“ von ambulantem und stationärem Sektor sowie für die Öffnung der Krankenhäuser für die vor- und nachstationäre Versorgung (gemäß § 372, Abs. 4 RVO plädiert. HC

## Europäische Woche gegen Krebs

BONN. Zur Unterstützung eines europäischen Aktionsprogramms gegen den Krebs, das auf Anregungen der Staats- und Regierungschefs der zwölf EG-Staaten zurückgeht und das von 1987 bis 1989 läuft, findet vom 1. bis 8. Mai 1988 die „Europäische Woche gegen Krebs“ statt. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung sowie andere Organisationen und Institutionen wollen auf Anliegen und Ziele des Aktionsprogramms aufmerksam machen, das die Bereiche Krebsverhütung, Unterrichtung und Gesundheitserziehung der Öffentlichkeit sowie Krebsforschung umfaßt.

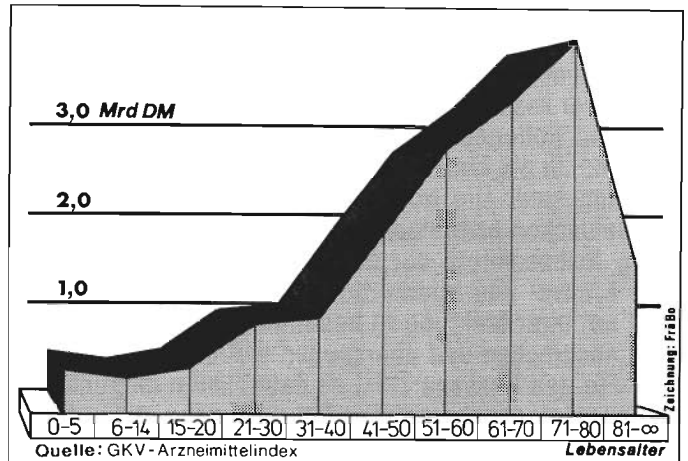
Das Bundesgesundheitsministerium bittet um Unterstützung dieses Programms. Dafür steht unentgeltlich audio-visuelles Material in den Landessprachen der EG zur Verfügung. Es kann angefordert werden bei: Programm „Europa gegen Krebs“, z. H. M. Richonnier, Europäische Gemeinschaften, Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel. WZ

### Ausland

## Kürzere Fristen bei Abtreibungen

LONDON. Mit einer Mehrheit von 296 zu 251 hat das Unterhaus in zweiter Lesung einem Gesetzentwurf des liberalen Abgeordneten David Alton zugestimmt, nach dem nicht gesetzwidrige Schwangerschaftsabbrüche nur noch bis höchstens 18

## Arzneimittelumsatz zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung (nach Lebensaltersgruppen)



Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für Arzneimittel steigen in den höheren Altersgruppen drastisch an; erst bei den Achtzigjährigen gehen sie infolge der geringeren Anzahl versicherter Personen zurück. Von den jüngeren Jahrgängen wird eine erheblich geringere Finanzmasse gebunden. So waren 1985 mehr als die Hälfte der Versicherten vierzig Jahre und jünger; auf sie entfiel jedoch nur ein Fünftel des Umsatzvolumens

Wochen (bisher: 28 Wochen) nach der Empfängnis zulässig sein sollen. Ausgenommen sind Fälle, in denen das Leben der Mutter auf dem Spiel steht oder ein totgeborenes oder nicht selbständig lebensfähiges Kind erwartet wird. Die Abstimmung war in der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartet worden, zumal es in allen Parteien Befürworter und Gegner gab und man allgemein auf „Fraktionszwang“ verzichtet hatte. Die Befürworter argumentierten vor allem, daß die medizinische Entwicklung die vor 59 Jahren gesetzte Altersgrenze überholt hat, so daß heute auch lebensfähige Kinder abgetrieben werden. Die Gegner argumentieren, Fruchtwasseruntersuchungen könnten ohnehin erst nach 16 Wochen unternommen und müßten manchmal wiederholt werden. Außerdem seien nur sehr wenige der insgesamt 172 000 Schwangerschaftsabbrüche jährlich betroffen. Es wird erwartet, daß der Gesetzentwurf bei den weiteren Beratungen zugunsten einer Zeitgrenze von 24 oder 22 Wochen geändert werden wird. gb

## Anonyme Alkoholiker

MOSKAU. Mit Billigung durch die Behörden trifft sich in Moskau seit einiger Zeit die erste Gruppe der Anonymen Alkoholiker. Initiator und häufig anwesender Berater ist ein amerikanischer Geistlicher aus New York, der vor längerer Zeit sowjetische Ärzte begleitete, die in New York Einrichtungen für Alkoholiker und Drogenabhängige studierten. Die Moskauer Anonymen Alkoholiker haben in ihrer Literatur sogar die religiösen Bezüge übernommen, die in Amerika üblich sind, verzichten jedoch auf ein Schlußgebet bei ihren Treffen.

Westliche Beobachter geben den Anonymen Alkoholikern in der Sowjetunion keine große Chance. Um effektiv zu sein, würden sie aktive Unterstützung durch die Behörden benötigen; dies würde jedoch ihre Attraktivität für Alkoholiker verringern, bei denen der Ruf der Alkoholiker-Kliniken nicht viel besser ist als der von Sowjet-Straflagern, was kürzlich sogar die „Prawda“ in einer Reportage offen darstellte. gb